

Q1-2019

KRAFTWERKE INVEST



THEMENSCHWERPUNKTE

**AKTUELLE
KRAFTWERKS-
PROJEKTE**

**ERGEBNISSE
DER KOHLE-
KOMMISSION**

**KRAFTWERKS-
MARKT**

**AKTUELLE
ÜBERSICHTEN
UND KARTEN**

INHALTSÜBERSICHT

- Aktuelle Kraftwerksprojekte
- Ergebnisse der Kohlekommission
- Marktdesign
- Versorgungssicherheit
- Märkte und Politik
- Projektübersicht
- Kraftwerkskarte
- Studien/ Statistiken/ Empfehlungen



Die Emissionen der EU-ETS-Sektoren, einschließlich des Stromsektors, sind ausschließlich auf der europäischen Ebene zu regulieren, nicht auf der nationalen.

Von Dr. Dietmar Lindenberger, Universität zu Köln und Senior Expert EWI



Liebe Leserinnen und Leser,

die „Kohlekommission“ hat nun ihre Empfehlungen vorgelegt. Die zentrale Empfehlung lautet, die Kohleverstromung in Deutschland bis 2038 zu beenden und dies mit der Löschung von CO₂-Emissionsrechten zu kombinieren. Damit soll ein Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele geleistet und sichergestellt werden, dass im Rahmen des europäischen Emissionshandels (EU-ETS) auch tatsächlich CO₂ reduziert wird.

Das klingt auf den ersten Blick plausibel. Es ist aber mit einer Reihe von Problemen verbunden, die durch den Vorschlag

verschärft und sogar verschleiert werden. Die Verschleierung rührt daher, dass durch die Kombination der beiden Maßnahmen – Kraftwerksstilllegungen und Zertifikatslöschungen – nicht mehr erkennbar ist, welche Maßnahme welche Wirkung auslöst.

Forcierte Stilllegungen von Kohlekraftwerken in Deutschland führen im europäischen Strommarkt infolge des länderübergreifenden Erzeugerwettbewerbs zur Verlagerung von Stromerzeugung und Emissionen in unsere Nachbarländer. Das ist wenig überraschend. Denn wenn im Wettbewerb einseitig einem Akteur eine Beschränkung auferlegt wird, beispielsweise durch erzwungene Kraftwerksstilllegungen, dann passiert, was in jedem anderen Markt auch passiert: Die Wettbewerber freuen sich und übernehmen das Geschäft. Zu den Profiteuren von Stilllegungen deutscher Kohlekraftwerke zählen vor allem Kohlekraftwerke in Polen, Tschechien und den Niederlanden, wie Untersuchungen des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln zeigen. Dorthin werden Stromerzeugung und Emissionen infolge eines deutschen Kohleausstiegs hauptsächlich verlagert.

Dies ändert sich auch durch die jüngste Reform der Marktstabilitätsreserve (MSR) kaum, da Zertifikatslöschungen infolge nationaler Maßnahmen durch die MSR-Reform vorübergehender Natur sind, schwerpunktmäßig zeitnah erfolgen und dann abklingen. Was bleibt, sind Verlagerungen, die hinsichtlich CO₂ zulasten unserer Nachbarn, hinsichtlich Stromerzeugung und Wertschöpfung zulasten Deutschlands gehen und die Gesamtkosten im europäischen Stromsystem erhöhen. Politisch forcierte Kraftwerksstilllegungen sind im europäischen Markt nicht nur systemfremd, diskriminierend und darum mit Entschädigungsforderungen verbunden. Sie führen auch zu vermehrter Energieimportabhängigkeit und der Erhöhung von Risiken der Versorgungssicherheit infolge verminderter

Wenn Emissionsreduktion das Ziel ist, dann wäre die Löschung von Emissionsrechten allein eine kosteneffiziente Maßnahme, und die Nachteile eines forcierten nationalen Kohleausstiegs könnten schlicht vermieden werden.

gesicherter Erzeugungsleistung und rotierender Massen zur Netzstabilisierung. Ferner wird durch die Beschleunigung des – längerfristig ohnehin stattfindenden – Kohleausstiegs der ohnehin schwierige Strukturwandel in den betroffenen Regionen noch verschärft. All das ist unerwünscht.

Wichtig ist, klar zu erkennen, dass Emissionsreduktionen im europäischen Stromsystem und ETS ausschließlich durch Zertifikatsstilllegungen hervorgerufen werden, nicht durch Kraftwerksstilllegungen. Wenn Emissionsreduktion das Ziel ist, dann wäre die Löschung von Emissionsrechten allein eine kosteneffiziente Maßnahme, und die Nachteile eines forcierten nationalen Kohleausstiegs könnten schlicht vermieden werden.

Wenn es nun so ist, dass Stilllegungen deutscher Kohlekraftwerke im europäischen Erzeugerwettbewerb zu Verlagerung führen und mit weiteren Nachteilen verbunden sind, weshalb scheint die Politik dann so an einer Forcierung des Kohleausstiegs zu hängen? Dabei dürfte zweierlei eine Rolle spielen. Erstens wird ein forciertes Kohleausstiegs möglicherweise als ein vorzeigbares politisches Symbol gesehen. Dagegen spricht allerdings, dass sich das Symbol bei genauerem

Hinsehen als Illusion entpuppt – oder gar ins Gegenteil verkehrt: ein Symbol, dessen Wirkung primär auf Emissionsverlagerungen zulasten der eigenen Nachbarn beruht, kann sich schnell ins Negative wenden. Zweitens ist die Architektur der nationalen Klimaziele mit der europäischen Emissionsregulierung nicht kompatibel. Emissionsziele für den deutschen Stromsektor, der Teil des EU Strommarkts und Emissionshandels ist, stellen eine Doppelregulierung dar, die im Gesamtsystem kontraproduktiv ist. Damit sollte aufgeräumt werden.

Wie wäre aufzuräumen? Die Emissionen der EU-ETS-Sektoren, einschließlich des Stromsektors, sind ausschließlich auf der europäischen Ebene zu regulieren, nicht auf der nationalen. Die Nicht-EU-ETS Sektoren, darunter der Gebäude- und der Verkehrssektor, sollten dagegen entweder in den Emissionshandel integriert oder mit nationalen Maßnahmen adressiert werden. Die nationalen Klimaziele in den Nicht-ETS-Sektoren sind europarechtlich bindend und ihre Nichterfüllung löst Kompensationsverpflichtungen aus, die den Bundeshaushalt zukünftig erheblich belasten können. Dass andererseits die nationalen Klimaziele in den ETS-Sektoren, darunter der Stromsektor, nicht rechtlich bindend

sind, hängt freilich damit zusammen, dass diese Ziele in der europäischen Systematik überflüssig sind und ohne nennenswerte Klimawirkung fallen gelassen werden könnten.

Ist es vorstellbar, dass die Politik nun doch noch zu dem Ergebnis kommt, dass ein erzwungener nationaler Kohleausstieg im europäischen Markt eine ungeeignete Klimaschutzmaßnahme ist? Wäre es möglich, dass mit Blick auf die klimapolitischen Beschlüsse von Paris größer gedacht und damit begonnen wird, die deutschen Klimaschutzmaßnahmen neu auf einer gesunden Logik aufzubauen? Das wäre ein Riesenfortschritt, der der Wirksamkeit und Kosteneffizienz der deutschen Klimapolitik zugutekäme und künftig unnötige Kompliziertheit vermeiden würde. Angesichts der Empfehlungen der Kohlekommission ist dies nun allerdings unwahrscheinlich. Die Wirkungszusammenhänge werden indes nicht verschwinden. Darum bleibt in der Energie- und Klimapolitik erheblicher Reformbedarf bestehen.

154 TWEETS // 245 FOLLOWER

 @KW_Invest